

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit bez. Unterhaltungsbeilage Leben, Willen, Kampf und die Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.25, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50. Ercheinungstage mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, D. Telefon 3465. Expeditionszeitung nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1769. Geschäftstags von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserte werden die 6spaltigen Zeilen mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinskonzessionen 30 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 33.

Dresden, Mittwoch den 10. Februar 1909.

20. Jahrg.

Entspannungen.

Der englische König ist in Berlin eingezogen und mit besonderem Höflichkeit empfangen worden. Der böhmische Fürst und Bittlerkam entspricht ganz und gar nicht dem Empfinden des erhabenen Volkes der Reichshauptstadt und des Deutschen Reiches, das gerade gegenwärtig von vielen schweren Notständen, von Arbeitslosigkeit und wirtschaftlichen Klümmernissen aller Art bedrängt ist. Jedoch würde auch von der deutschen Arbeiterklasse und gerade von ihr, unbeschadet ihrer Stellung zu den Formen des Staates, der Besuch Eduards VII. in besonderem Maße gewürdigt werden können, wenn er ein Anzeichen sein sollte, daß die tiefe und oft konfliktswangere Gegensätzlichkeit zwischen England und Deutschland gemildert wird und einer wahrhaft friedlichen Entwicklung der beiderseitigen Beziehungen weicht. Denn gerade die deutsche Arbeiterklasse hat unaufrichtig und mit allem Nachdruck die Englandbegegegnung, die von einem großen Teil der deutschen Presse und der deutschen Parteien betrieben wurde, sie hat die verfehlte Politik der deutschen Regierung bekämpft, die seit von neuem Zwiespalt mit der englischen Nation herbeiführte. Es war der Besuch Eduards VII. mehr als einer der üblichen Höflichkeitstakte der Fürsten, ob er wirklich bessere Verhältnisse anzubekunden geeignet ist, das kann erst die Zukunft erweisen. Wir tun jedenfalls gut, inmitten der offiziellen Festlichkeiten und inmitten der Verzückungen, denen die bürgerliche Presse verfällt, lästige Abwarten zu bewahren.

Die Empfangsworte, die der Berliner Oberbürgermeister Richter, und die Worte, die der deutsche Kaiser und der englische König bei der Galafeier am Dienstag austauschten, fröhlichen reichlich von Versicherungen der Friedlichkeit und von Hoffnungen ihrer Erfüllung über. Wilhelm II. sagte in seiner Ansprache, nachdem er von früheren Begegnungen gesprochen und die vernauntschaftlichen Beziehungen hervorgehoben hatte:

„Das deutsche Volk begehrt dem Herrscher des mächtigen britischen Weltreichs mit der ihm gebührenden Achtung und sieht in ihm einen neuen Beweis für die fernere friedliche und freundschaftliche Entwicklung der Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern. Ich weiß, wie sehr unsere Wünsche nach Erhaltung und Festigung des Friedens übereinstimmen, und ich kann nur wünschen, daß die Freundschaft zwischen uns, die durch die Freundschaft der beiden Völker und durch die Erhaltung des allgemeinen Friedens, an welchem mein ganzes Streben gerichtet ist, erzielt.“

Der englische König sprach seinen Dank für den Empfang aus und fuhr dann fort:

„Am Moirats haben in betreff des Zwecks und des erwünschten Resultats meines Besuchs meinen eigenen Gefühlen den Ausdruck gegeben. Ich kann daher nur wiederholen, daß unser Kommen nicht allein die engen Bande der Vernauntschaft zwischen unseren Häuptern vor der Welt in Erinnerung zu bringen beabsichtigt, sondern auch die Befestigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen uns, die durch die Freundschaft der beiden Völker und durch die Erhaltung des allgemeinen Friedens, an welchem mein ganzes Streben gerichtet ist, erzielt.“

Die Vertreter der deutschen Arbeiterklasse und die Vertreter der englischen Arbeiterklasse haben ihre gegenseitige Wertschätzung und ihre erste Friedenssehnsucht in dem am 9. Februar d. J. in London abgehaltenen Rundgespräch bekundet. Es wäre gut, wenn auch die regierenden Kreise ebenso ernstlich diese Politik der aufrichtigen Vernauntschaft von der Arbeiterklasse erlernen wollten. Es wäre auch gut, wenn Wilhelm II. in der Tat von jenem Zeitpunkt an die Daily-Telegraph-Veröffentlichung, annahm und in England selbst verbreitete.

Jedoch wird die Entscheidung über die zukünftige Gestaltung der deutsch-englischen Beziehungen noch keineswegs durch die Freundschaftsbefehle und diplomatische Freundschaften, noch keineswegs durch Ansprachen und Worte der Freundschaftlichkeit und Friedlichkeit erbracht. Solange die kriegerischen Wettbewerben unvermindert fortbauern, bleiben alle Friedensworte unbedeutend und können keinerlei wirkliche Vorkämpfer für die Zukunft geben. Das Deutsche Reich ist durch seine feierliche maritime Rüstungspolitik nicht einen Schritt vorwärts unter den Nationen gekommen, es hat vielmehr Argwohn und Mißtrauen gegen sich erregt und es ist durch die Bündnisse, die England mit allen europäischen Staaten außer Deutschland und Österreich geschlossen hat, isoliert und zur Ohnmacht verurteilt worden. Da Eduard VII. durch das Brandenburger Tor einzog, durfte in ihm sich der hohe Gedanke regen, daß er der Regierung des Deutschen Reiches die diplomatischen Weltmachtigkeiten der vergangenen Zeit gründlich angereichen hat. Um so mehr sollte aber nun in Deutschland Klarheit darüber sich ausbreiten, daß die wirkliche Befestigung des gefährdeten Friedens am ehesten und besten erzielt werden kann, wenn beide Nationen sich aufrichtig vereinigen, um den wahren Frieden der Welt zu bewahren. Die englische Regierung hat bereits wiederholt die Hand zu solchen Vereinbarungen ausgestreckt. Wie die deutschen Reichsleiter diese dargebotene Hand nicht ergreifen, bedeutet die Entspannung der europäischen Lage immer nur eine Augenblicksbefestigung und es bleibt die furchtbare Gefahr neuer Spannungen und neuer Kriege.

Zur gleichen Stunde, da der englische Besuch in Berlin im Gange war, ist ein

Deutsch-französisches Marokkoabkommen

in London gekommen. Von diesem Abkommen können wir nur sagen: Warum ist es nicht vor 5 Jahren gekommen? Was

jeht mit Frankreich über Marokko vereinbart ist, das ist alles Deutschland angeboten worden zur Zeit des deutsch-französischen Marokkoabkommens. Nachdem die deutsche Politik sich jahrelang in aggressiven Neigungen gegen das französische Vorgehen in Marokko betätigt hat, bedeutet die jetzige Vereinbarung die endgültige Befestigung der diplomatischen Niederlage der deutschen Staatsmänner. Es ist sehr bezeichnend, daß gerade auch Herr Delcassé, Frankreichs ehemaliger Minister des Auswärtigen und Vertreter einer drohend antideutschen Politik, seine volle Zufriedenheit mit der jetzigen unter seinem vorstehenden Nachfolger zustande gekommenen Vereinbarung ausspricht.

Wenn nun auch die Marokkofrage wirklich und endgültig als geschlichteter Konfliktstoff ausgeschieden wird, so bleibt als bitterer Rest: die Aufbringung von 500 Millionen neuer Steuerlasten, mit denen das deutsche Volk die unglücklichen Irrungen und Verfehlungen der deutschen Diplomatie noch nachträglich zu büßen hat.

Alle schönen Friedensworte und alle verbliebenen internationalen Ausgleichsversuche können das trübe Glanz der deutschen Politik nicht zu vergolden. Wohl aber erweisen diese jetzigen Geschicknisse, wie berechtigt und wie notwendig die Haltung war, die die deutsche Sozialdemokratie in der Frage der auswärtigen Politik die Jahre hindurch eingenommen hat. Die deutsche Arbeiterklasse wird auf ihrem Wege fortzuschreiten und sie wird ihr Bestes tun, um aus der internationalen Entspannung des Augenblicks den dauernden und echten Kulturfrieden zu schaffen!

Der Wortlaut des Abkommens.

Das deutsch-französische Marokkoabkommen wurde am Dienstag vormittag im Auswärtigen Amt durch den Staatssekretär v. Schoen und den Vizekonsul Gambon, der eben erst aus Paris zurückgekehrt war, unterzeichnet. Nach amtlicher Mitteilung hat das Abkommen folgenden Wortlaut:

Die Kaiserlich Deutsche Regierung und die Regierung der Französischen Republik sind, geleitet von dem gleichen Wunsch, die Ausführung des Vertrages von Algier aus zu erleichtern, übereingekommen, die Bedeutung, die sie diesen Bestimmungen belegen, genauer festzustellen, um künftig jeden Anlaß zu Mißverständnissen untereinander zu vermeiden.

Demgemäß ist einerseits die Regierung der Französischen Republik, die an der Wahrung der Integrität und Unabhängigkeit des Kaiserlichen Reichs unbedingt festhält, entschlossen, die wirtschaftliche Gleichberechtigung aufrechtzuerhalten und demzufolge den deutschen Handels- und gewerblichen Interessen daselbst nicht entgegenzuwirken. Andererseits ist die Kaiserlich Deutsche Regierung, welche in Marokko ausschließlich wirtschaftliche Interessen verfolgt und die anerkennt, daß die besonderen politischen Interessen Frankreichs mit der Sicherung von Ordnung und Frieden daselbst eng verknüpft sind, bestimmt gewillt, diesen Interessen nicht entgegenzuwirken.

Beide Regierungen erklären, daß sie keine Maßregel ergreifen, noch ermutigen werden, die geeignet wäre, zu ihren eigenen Gunsten oder zugunsten irgend einer Macht wirtschaftliche Vorteile zu schaffen, und daß sie trachten werden, ihre Staatsangehörigen an denjenigen Geschäften gemeinsam zu beteiligen, deren Ausführung diesen Übertragen werden sollte.

Geschehen zu Paris, den 9. Februar 1909.

Ein Bilanz-Kommentar.

Das Organ des Reichskanzlers, die Südd. Reichs-Korrespondenz, bringt einen Kommentar zu dem Abkommen. Es wird darin ausgeführt:

Die für Marokko bestehenden internationalen Abmachungen werden durch das neue Übereinkommen nicht entkräftet; auch auf die Rechte von Algerien wurde ausdrücklich Bezug genommen und einer ihrer Grundzüge — Unabhängigkeit und Integrität Marokkos, wirtschaftliche Gleichberechtigung und offene Tür — wird nicht gespart. Auch sonst wäre es verfehlt, an ein einzelnes deutsch-französisches Abkommen als von prinzipiell-geschäftlicher Tendenz große politische Zukunftsgebanten anzuschließen. Seine Geltung reicht aber einen deutlich ungeringeren Bezirk als den politischen Interessen nicht hinaus. Das Hauptverdienst wird das negative sein, Marokko als politische Streitfrage aus den deutsch-französischen Beziehungen auszuschalten. Unter Gesichtspunkten der europäischen Politik aber ist es immerhin erfreulich, daß in einer Zeit, wo die Großmächte mit Vorkanfragen beschäftigt sind, zwischen Berlin und Paris ein so wesentlicher Schritt zur Befestigung des marokkanischen Interessensstreites gesehen konnte. Kurz nach dem Entschließen des englischen Königs-paares in Berlin ist das Abkommen Deutschlands mit Frankreich unterzeichnet worden. Die zeitliche Annäherung beider Ereignisse kann als zufällig betrachtet werden, sie weist aber darauf hin, daß in unserem Verhältnis zu den Westmächten gegenwärtig eine ständige Entspannung eingetreten ist.

Der Einbruch in Frankreich.

Paris, 9. Februar. Im Senat wurde das deutsch-französische Marokkoabkommen mit allgemeiner Befriedigung aufgenommen. Desgleichen in den Wandelgängen der Deputiertenkammern. Die Mitglieder aller Parteien äußerten ihre Freude über die Aufhellung des diplomatischen Horizonts. Der frühere Minister des Auswärtigen Delcassé erklärte dem Vertreter einer Zeitung, er sehe in dem Abkommen eine ausgezeichnete Sache und freue sich aufrichtig darüber.

Paris, 9. Februar. Minister Pichon äußerte sich zu einem Mitarbeiter des Temps über das deutsch-französische Marokkoabkommen in folgender Weise: Diese Vereinbarung ist das Ergebnis freundschaftlicher Besprechungen, die während deren ich nur ein Bedauern ausdrücken kann, das nämlich, daß sie nicht schon früher zum Ziele geführt haben. Ich sehe diese Vereinbarung in der Tat als den Fortschritt der Situation Deutschlands und Frankreichs in Marokko in jeder Hinsicht entsprechend an. Sie wurde nach mehrwöchigen Besprechungen abge-

schlossen, die sich auch nicht einen einzigen Augenblick auf andere Fragen, als die erstreckte, die sie zum eigentlichen Gegenstande hatten. Sie wurde also mit feinerlei Marokko fernere stehenden Angelegenheiten verknüpft. Die beiden Regierungen hatten nur das einzige Bestreben, sich zu vereinigen, um zwischen einander alle Ursachen von möglichen Verwicklungen in der marokkanischen Angelegenheit auszuschalten, indem sie die verschiedenen Interessen jedes der beiden Länder den ihnen zukommenden Teil gewährt. Die aus dem Meinungsaustrausch zwischen Staatssekretär v. Schoen und Vizekonsul Gambon hervorgegangene Forderung muß als durchaus befriedigend angesehen werden; das wird zweifellos die Ansicht aller sein, die mit der marokkanischen Frage und ihrer jüngsten Geschichte vertraut sind. Kein Entwurf könnte dem allgemeinen Frieden nützlicher sein. Das ist, wie ich weiß, der Eindruck der Vertreter der Mächte, die ihn kennen, und ich kann nur den vernehmlichen Bestimmungen, die in dieser heißen Unterhandlung die deutsche Regierung befehl haben, meine Hochachtung darbringen.

Paris, 9. Februar. Alle Blätter legen dem deutsch-französischen Marokkoabkommen große Bedeutung bei und sprechen sich über seine Tragweite sehr günstig aus.

Englische Versicherungen.

London, 9. Februar. Westminster Gazette schreibt zu dem deutsch-französischen Übereinkommen: Wir wünschen nicht, Frankreich und Deutschland getrennt von einander zu halten, sondern wünschen, daß sie zusammenkommen, und daß alle Nationen von dem besänftigten Argwohn, den sie wegen ihrer Motive gegen einander hegen, befreit werden.

Wall Wall Gazette sagt: Die willkommenen Nachricht von dem deutsch-französischen Abkommen trifft angenehm mit der Meldung von der Ankunft des britischen Herrscherpaares in Berlin zusammen. Das Abkommen scheint auf sehr verständiger Grundlage zu beruhen. Es dürfte bei der jetzigen politischen Konstellation keinen geringen Einfluß auf die Klärung der internationalen Atmosphäre ausüben.

Um die Nachlasssteuer.

Am Dienstag legte die Finanzkommission des Reichstages die Beratung der Nachlasssteuer fort.

Abg. Noeßke vom Bund der Landwirte sprach gegen die Nachlasssteuer. Es sei kein antilagerisches Gesetz, das gebe er zu; es werde auch nicht die Opposition allein aus agrarischen Kreisen betrieben, sondern viele Kreise seien dagegen. Es sei falsch, wenn man von den schwachen Schultern der Arbeiter rede; die starken Schultern seien die Industriearbeiter, die schwachen seien die der Landwirtschaft. Der Einwand der Erhöhung der Familie sei keine Phrase. Gerade jetzt, bei dem Mangel an landlichen Arbeitern, sei die Mitarbeit der gesamten Familie größer als bisher. Es sei ungerecht, diejenigen, die an der Erhaltung und Vermehrung des Vermögens mitgearbeitet haben, durch diese Steuer zu belasten. Der einzig gangbare Weg sei allerdings die Erhöhung der Matrularbeiträge, wenn man sich nicht entschließen könnte, wie seine politischen Freunde es in erster Linie wollten, alles auf indirekte Steuern zu nehmen.

Staatssekretär Sydow verteilte einen Artikel der Deutschen Tageszeitung vom 17. März 1904. Dieser hält die Ausgestaltung der Erbschaftsteuer im Geiste einer verständigen Mittelstandspolitik für durchaus notwendig; die Millionenerblasser seien höher zu besteuern als bisher; sie müßten auch dann der Erbschaftsteuer unterliegen, wenn sie unmittelbar auf die nächsten Verwandten, Kinder, Weiblicher oder Eltern übergingen; die Rechtsordnung des Staates lorge allein dafür, daß der Erbe die Erbschaft, die sonst herrenlos würde, antreten könne; es sei daher recht und billig, daß der Erbe in Form einer entsprechenden Erbschaftsteuer eine Gegenleistung gewähre. Dieser Artikel beweise somit, daß in der Umgebung des Vorredners nicht immer der jege ablehnende Standpunkt eingenommen worden sei. Eine tiefere gehende Erregung im Volke wegen der Nachlasssteuer sei ausgeschlossen. Eine solche sei zum Beispiel in Hamburg, wo eine solche Steuer eingeführt sei, nicht bemerkt worden. In England sei 1894 die Nachlasssteuer mit einem Ertrage von rund 390 Millionen Mark gegen den heftigen Widerstand der Konventionen eingeführt, alsdann aber letztere aus Mangel an Ruder lassen, nicht etwas abgeschafft, sondern beibehalten worden. Den Vorstoß der Erhöhung der Matrularbeiträge müsse er nach wie vor für verwerflich erklären, da das Reich nicht in noch höherem Maße als bisher Kostträger der Einzelstaaten werden dürfe.

Abg. Paasche hält eine weitere Debatte kaum für zweckmäßig, da die Ablehnung der Vorlage sicher und eine Weiterverhandlung nur Zeitverschwendung sei. In einer Subkommission sei nach einem Ertrag zu suchen, um die Reform nicht zum Scheitern zu bringen. Er und seine Freunde würden für eine Vermögenssteuer eintreten, die durchaus nicht mehr in die Finanzhoheit eingriffe als eine Nachlasssteuer. Hauptfrage sei ein gegenseitiges Untereinander der Parteien untereinander, aber auch der verbündeten Regierungen.

Der sächsische Finanzminister Rügner wiederholt, daß für die Einzelstaaten nur eine Nachlasssteuer annehmbar sei. Alle Vorschläge einer Einkommen- oder Vermögenssteuer machten die Einzelstaaten leistungsunfähig. Er hoffe nach wie vor auf eine Einigung auf die Nachlasssteuer.

Abgeordneter Geyer (Soz.) erklärt, Emmel und Ulrich hätten bereits betont, daß wir dem Prinzip der Erbschaftsteuer zustimmen; aber freudig begrüßt hätten wir es nicht, wie der Abg. Perold am Sonnabend gesagt habe; denn das Prinzip sei in dem Geleitwurf verzerrt und entstellt. Der Ertrag hieße

Vertical text in the left margin, likely a list of names or a sidebar, partially cut off.